

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

14.3.1923 (No. 72)

Karlsruher Tagblatt

Zeitschriftenpreis:
in un-
terer
Kategorie
ab-
schl. monatlich 3800,-
in oberer
Kategorie monatlich
4000,-
a. u. s. w.: durch un-
tere
Kategorie
ab-
schl. monatlich 3800,-
in oberer
Kategorie monatlich
4000,-
Einzeltankpreis: 150,-
Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle: Ritterstraße 1,
Karlsruhe.

Anzeigen:
die Preis-
obergrenze
auswärts 200,-
Familienanzeigen und Stellen-
angebote 200,-
Reklamations-
stellen 100,-
an erster
Stelle 150,-
Nacht nach 22 Uhr
Anzeigen-Annahme bis 3 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
täglich bis 6 Uhr nachm.
Fernsprechanzeige:
Geschäftsstelle Nr. 208,
Beruf Nr. 21 und 217,
Schriftleitung Nr. 20,
Danzschriffleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Zorn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. E. G. Erhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Dr. E. G. Erhardt; für das Blatt: Hermann Weid; für die „Pyramide“: Karl
Höb; für die „Scholle“: Dr. E. G. Erhardt. Geschäftsstelle: Ritterstraße 1, Karlsruhe. Druck: C. G. Müller, Karlsruhe. Vertrieb: 1. Berliner Reichsanstalt, Berlin-Konigsplatz. 2. Leipzig-Zentrum 428.
Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigesetzt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. Mittwoch, den 14. März 1923 Nr. 72.

Das Ergebnis der Besprechungen in Brüssel.

Eine neue Konferenz?

Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
schrieben:
Die jetzt vorliegenden Kommentare der fran-
zösischen Presse zur Konferenz in Brüssel
lassen allmählich klarer erkennen, daß sich auf
dieser Konferenz ein starker Einfluß Englands
geltend gemacht hat, der offenbar darauf hin-
zielt, Frankreich zu einer Erklärung über seine
Bereitschaft, das Ruhrgebiet zu räumen, zu
veranlassen. Poincaré scheint sich zunächst da-
gegen wehren zu haben, und vor allem ist der
Hauptwiderstand des französischen Kriegsmini-
sters Maginot anzuführen. Die Belgier sind
aber energisch für die englische Forderung ein-
getreten, und so ist schließlich jene Kompromiß-
formel zustande gekommen, die das amtliche
Communiqué enthält. Im ganzen hat man sich
in Brüssel darauf beschränkt, die Maßnahmen
zu beraten, die dazu dienen können, die Ruhr-
region weiter zu räumen. Man hat aber darauf
verzichtet, die Endregelungen zu besprechen, und
das ist zweifellos die Folge der Erklärung von
Bonar Law im Unterhaus, die, wie zu ver-
muten ist, von Lord Derby am Sonntag Poin-
caré nochmals wiederholt worden ist. Auch die
englische Presse hat keinen Zweifel darüber ge-
lassen, daß England eine Ausschaltung bei der
endgültigen Regelung nicht ohne weiteres in
Anspruch nehmen, sondern eine solche Ausschaltung
ganz und gar feindselig mit betrachten werde.

In einigen Zeitungen wird bereits ange-
deutet, daß in den nächsten Wochen eine neue Zu-
kunftskonferenz der französischen und belgischen
Minister wahrscheinlich in Paris geplant ist, um
über die Bedingungen zu beraten, die eventuell
für die Räumung gestellt werden könnten, und
da, wenn man einig wird, den anderen Alliierten
mitzuteilen. Andere Blätter wollen wissen,
daß zu diesen Beratungen auch die Vertreter
Englands, Italiens und Japans eingeladen
werden und daß dabei eine eingehende und sehr
detaillierte Revision des Versailler Vertrages be-
sprachen werden soll. „Daily Mail“ fügt über-
dies hinzu, daß diese neue Konferenz sich auch
mit der Frage der Einführung einer Rheinwäch-
ung beschäftigen soll.

Die weiteren Beschlüsse der Brüsseler Kon-
ferenz zeigen, daß man anscheinend das System be-
wahrt, das von weiteren Besetzungen Abstand
nimmt und den ganzen Druck auf das Ruhr-
gebiet beschränkt wissen will. Diese Entscheidung
steht sich offenbar gegen den Kriegsminister
Maginot, der nach übereinstimmenden Pariser
Mitteilungen die Ausdehnung der Besetzung auf
Darmstadt und Darmstadt im Sinne hat und der
nach dem Vorfall von Buer sogar, wie „Deure“
sagt, den Gedanken erwogen haben soll, bis nach
Berlin vorzudringen. Tatsächlich ist nach
einer vom „Echo de Paris“ veröffentlichten Er-
klärung des Nat. v. D'Anj von einer weiteren
Besetzung Abstand genommen worden.

Auch die Sanktionen, die auf das Ereignis in
Buer folgen sollen, müssen nach der Meinung
dieser Zeitung den Tatsachen angepaßt werden,
da Frankreich und Belgien sich mit Deutschland
nicht in Kriegszustand befinden. Die Sanktionen
sollten also nicht erschöpfend werden. Tatsache ist
aber, daß über diese geradezu ungeheuerliche
Idee noch in Paris gesprochen wurde. Die belgi-
sche und französische Regierung werden die
notwendigen Sanktionsmaßnahmen nicht selbst bestimmen,
sondern sie dem Oberbefehlshaber der Besat-
zungstruppen überlassen.

Trotzdem hat man sich aber zu einer gewissen
Verschärfung der Maßnahmen entschlossen. Es
scheint nämlich festzustehen, daß neue Verhär-
tungen, und zwar spricht man von 15 000 bis
20 000 Mann, ins Ruhrgebiet entsandt werden
sollen, um die Arbeit in den Kohlenzechen zu
brechen, die jetzt in kürzester Frist beginnen soll.
Gerade über diese Arbeit ist in Brüssel am aus-
führlichsten gesprochen worden, und es sind hier
die verschiedensten Maßnahmen ins Auge gefaßt
worden. Offenbar will man mit aller Gewalt
versuchen, Kohlen aus den Gruben zu fördern.
Man scheint zu übersehen, daß diese Anstrengun-
gen genau wie die bisherigen an dem Wider-
stand der Arbeiter im Ruhrgebiet scheitern müs-
sen. Alle Beschlüsse, die in Brüssel gefaßt wor-
den sind, stehen vorläufig auf dem Papier. Die
Ausführung soll auch weiter General Degoutte
überwachen, der es von neuem durchgeföhrt hat,
daß ihm kein Verwaltungsbeamter zur Seite
gegeben wird.

Die Wirkung der französischen Konferenz auf
die deutsche Presse scheint zunächst die zu

sein, daß in England wieder die Forderung auf-
taucht, Deutschland soll neue Vorschläge machen.
Wie auf Kommando verlangt nämlich die ganze
qualitative Presse ein neues deutsches Anerbieten
an Frankreich. Nur eine feste Haltung sämtlicher
maßgebenden deutschen Kreise wird im Aus-
lande die Ueberzeugung von neuem befestigen,
daß Deutschland nicht geneigt ist, wieder einmal
bereinzufallen. Die Haltung Deutschlands nach
der Brüsseler Konferenz kann nur weiter die
sein, die es bisher eingehalten hat, nämlich
Fortsetzung des passiven Widerstandes,
bis eine wirkliche Verhandlungsbereit-
schaft auf der Gegenseite zu erkennen ist.

Ein amtlicher belgischer Bericht.

Brüssel, 13. März. Ueber die Brüsseler Kon-
ferenz meldet die „Agence Belge“, das Nachrich-
tenbüro der belgischen Regierung:
Auf der Konferenz des belgischen Minister-
präsidenten Deunin mit dem französischen
Ministerpräsidenten Poincaré wurden Maß-
nahmen besprochen, um die Besetzungen von
Kohle und Koks an Frankreich und Belgien
zu beschleunigen. Das aufgestellte
Programm wird allmählich durchgeführt werden.
Sodann wurden die mit der Eisenbahn-
verwaltung im Zusammenhang stehenden Fra-
gen geregelt und man einigte sich auch über die
Repressivmaßnahmen und Sanktionen,
die im Falle neuer Verstöße auf die Be-
setzungsstruppen anzuwenden wären. Ferner
wurden die Grundzüge über die Erteilung von
Ausfuhrbewilligungen für die mit ausländischen
Industriellen abgeschlossenen laufenden Geschäfte
aufgeklärt.

Schließlich wurde auf der Konferenz nochmals
die übereinstimmende Auffassung der beiden Re-
gierungen darüber festgehalten, die Räumung
des Ruhrgebietes und der neudefinierten
rechsrheinischen Gebiete nicht
von einfachen Besprechungen Deutschlands ab-
hängig zu machen, sie vielmehr in dem Maße
zu vollziehen, in dem Deutschland seine Re-
parationsverpflichtungen erfüllt. Die beiden Re-
gierungen sind gleichermäßen entschlossen, diese
Gebiete nicht zu räumen, bevor sie von der
Reichsregierung außer der Aufhebung der
Strafbestimmungen zuverlässige Garantien für
die deutschen Staatsbürger erhalten haben, die
mit den alliierten Behörden zusammengewirkt
haben.

Ein französischer Bericht.

Paris, 13. März. Ueber das Ergebnis der
geleitigen Brüsseler Konferenz schreibt der Son-
derberichterstatter des von amtlicher Seite infor-
mierten „Welt Journal“:
Zum erstenmal haben die französischen und die
belgische Regierung genau ihre Politik gegen-
über Deutschland präzisiert, denn sie geben be-
kannt, unter welchen Bedingungen sie das Ruhr-
gebiet räumen wollen. Sie erklären, daß sie es
in der Hoffnung tun, je nachdem Deutschland seine
Reparationsverpflichtungen erfüllt, räumen
werden. Die Belgier hätten besonders darauf
bestanden, daß der gesamte Welt schon jetzt die
Veränderung in der kategorischen Form gegeben
werde, daß Frankreich und Belgien niemals
und in keiner Weise daran gedacht hätten, das
Ruhrgebiet vom Weisse zu trennen, noch weniger
es zu annektieren. „Jetzt“, so sagt der Bericht-
erstatter dazu, „hängt es von der deutschen Re-
gierung und den Industriellen ab, die Stunde
zu beschleunigen oder hinauszuzögern, in der
diese Räumung des Ruhrgebietes beginnen
wird.“ Der Berichterstatter glaubt, daß die Ent-
scheidung von Brüssel den Weg für die ersten
Verhandlungen öffnen werde, ohne den Bedin-
gungen für die endgültige Regelung vorzu-
greifen.

Die laute Art, mit der man den Verdacht von
Annexionsabsichten vor sich abwälzen will, ist
Beweis für das schlechte Gewissen. Man weiß
die Worte Annexion und Abtrennung weit von
sich und denkt im Stillen an die zahlreichen an-
deren Ausnahmefälle, die nicht den Namen An-
nexion oder Abtrennung tragen.

Frankreich in hilfloser Lage.

London, 13. März. (Drahtber.) Die „West-
minster Gazette“ schreibt in einem „Das Ruhr-
krise“ überschriebenen Leitartikel, einen wie voll-
ständigen Mißerfolg Frankreich er-
litten habe, könne aus einem Vergleich der
Lage vor der Ruhrbesetzung und der Lage von
heute ersehen werden. Man sei auf einem toten
Punkte angelangt und die einzige Hoffnung sei,
daß Frankreich seine Bedingungen än-
dere. Nur auf diesem Wege könne Frankreich
sich zurückziehen mit der Würde, die seine
Freunde ihm in dieser hoffnungslosen Lage
wünschten. Für einen durchführbaren Plan
würde Frankreich die moralische Unterstützung
der Welt haben. Im gegenwärtigen Augenblick
treibe Frankreich Deutschland jedoch in eine

Lage, in der es nur passiven Widerstand anwen-
den könne. Es seien übermächtige Be-
weise dafür vorhanden, daß dieser Widerstand
mit vollständigem Erfolg angewendet werde.

Neue Befehlungspläne.

Darmstadt und Frankfurt.
Paris, 13. März. (Drahtber.) Das
Pariser Nachrichtenbüro Radio, das in der letz-
ten Zeit öfters zur Veröffentlichung halbamtlicher
Ankündigungen benutzt worden ist, ver-
öffentlicht heute folgende Meldung:
Wir glauben zu wissen, daß die Reise des
Kriegsministers Maginot nach dem Ruhrgebiet
nicht nur den Zweck gehabt hat, die französischen
Truppen im Ruhrgebiet zu inspizieren. Seine
Reise ist, wenn wir gut unterrichtet sind, auch auf
einen Bericht des Generals Degoutte an-
zuführen, in dem dieser ausführt, daß es an-
geht, der immer stärker werdenden Agitation
der deutschen Agenten und der ersten Ereignisse,
die über Nacht eintreten könnten, angebracht
wäre, so rasch wie möglich eine Verstärkung
der französischen Besatzungstruppen vorzuneh-
men. Außerdem hat General Degoutte in sei-
nem Bericht die Ansicht ausgesprochen, daß die
deutsche Regierung rascher nachgeben werde,
wenn die Besetzung auf weitere wichtige
Industriezentren ausgedehnt werde, be-
sonders Darmstadt und Frankfurt am
Main. Das Blatt glaubt, daß die Besetzung
einer der beiden Städte, wahrscheinlich Darm-
stadt, binnen kurzem durchgeführt werde und
dann weitere Maßnahmen folgen würden.
Demgegenüber behauptet das Blatt „Echo de
Paris“, das Gerücht, wonach Darmstadt und
Frankfurt a. M. besetzt werden sollen, sei falsch.

Sechs Monate?

Aus einem amtlichen amerikanischen Lagebericht.
Paris, 13. März. (Drahtber.) Der „New-
York Herald“ meldet aus Washington: In einem
Bericht des Finanzministeriums über die euro-
päische Lage wird festgestellt, daß weder Frank-
reich noch Deutschland aus dem Ruhrgebiet Koh-
len erhalten und daß England außerstande ist,
den Bedarf des Festlandes aus seinen Kohlen-
lagern zu decken. Der Bericht nimmt an, daß
die Streitenden im Ruhrgebiet, unterstützt vom
übrigen Deutschland, imstande sein werden,
sechs Monate durchzuhalten, und fügt
hinzu, daß Frankreich nicht über einen ausrei-
chenden Ueberfluß an Arbeitskräften verfügt,
um die Arbeiter im Ruhrgebiet zu ersetzen.

Der Bericht hat große Ueberraschung hervor-
gerufen. „New York Herald“ berichtet weiter,
daß der Vorsitzende des Ausschusses für Handels-
einfuhrbewilligungen, Gesehgebung und Steuer-
wesen, die Regierung erucht habe, infolge der
verzögerten Frachten aus dem Ruhrgebiet ein-
zugreifen. Die Importeure hätten bereits
zahlreiche Bestellungen bezogen, die jetzt fest-
liegen. Sie ständen vor schweren Verlusten,
falls die Waren nicht geliefert würden.

Die Schreckenstage von Buer.

Die zu Tode gefolterten Opfer der Franzosen.
Buer, 13. März. Am Sonntag mittag wurden,
wie schon kurz gemeldet, der Kriminalbeamte
Burchhoff aus Buer-Erle und der Elektromon-
teur Wittershagen von den Franzosen verhaf-
tet. Burchhoff wurde auf Grund der Denun-
ziation eines Großhändler, der dem Beamten
Naude geschworen hatte, von den Franzosen fest-
genommen und des Mordes an den Offiziere
beschuldigt. Er nannte als Entlastungs-
zeugen den Monteur Wittershagen, mit dem er
zur Zeit der Mordtat zusammengewesen war.
Beide wurden in der Nacht im französischen
Arrestlokal schwer mißhandelt. Es scheint,
daß Burchhoff sich gegen diese unmenschliche Be-
handlung gewehrt hat. Gegen 9 Uhr abends
führten die Franzosen ihn auf den Platz hinter
dem Rathaus. Die Bewohner der anliegenden
Häuser waren vorher angefordert worden, die
Fenster zu schließen. Auch war verboten, Licht
zu machen. Zwei Offiziere und zwei
Soldaten schleppten Burchhoff auf
den freien Platz. Die Bewohner der
Häuser hörten laute Schreie des Be-
dauernden; gleich darauf fiel
er zwei Schüsse; dann wurde es still
und die Franzosen entfernten sich
hastig. Die Leiche weiß grauliche
Verletzungen auf. Der Schädel ist
durch Kolbenschläge vollständig zer-
trümmert. Eine Schußverletzung findet sich
in der Brust, eine zweite vor der Stirn.
Der Monteur Wittershagen wurde kurz nach diesem
Vorfall auf den Kopfgewand geschleift und dort
gleichfalls erschossen. Die Angel durch-
schlug den Schädel und zerriß diesen vollständig.
Der Schuß muß aus nächster Nähe abgegeben
worden sein, da das Gesicht zahlreiche Pulver-
flecke aufweist. Die Leiden der beiden Ermor-
deten wurden im Laufe der Nacht in das Buer-

ische Rathaus gebracht mit dem Bemerken, die
beiden Deutschen seien auf der Straße erschossen
worden, weil sie gegen die Verordnung betrref-
send den Nachtverkehr verstoßen hätten.

Sonntag abend gegen 11.30 Uhr wurde, wie
schon kurz berichtet, der Kranführer P. Bahbed
aus Gelsenkirchen, der zum Besuch einer be-
freundeten Familie in Buer weilte, auf der
Hochstraße ohne Anruf von einem französi-
schen Posten erschossen. Auf die Diskrepanz
seiner Frau, die ihren Mann begleitet hatte, er-
schien eine französische Patrouille, die erklärte,
daß der Schuß, der auf Bahbed abgegeben worden
sei, nur von einem Deutschen stammen könne.
Der Posten hatte sich sofort, nachdem der Schuß
abgegeben worden war, eilig entfernt. Ob-
schon zahlreiche Straßenpatrouillen den Vorfall
beobachtet hatten, ließ man die Frau des Er-
schossenen fast dreiviertel Stunden
lang vergeblich um Hilfe rufen. Noch
in derselben Nacht wurde ein hiesiger Arzt her-
beigerufen, der den gewaltigen Tod der drei
Ermordeten feststellte.

Während der ganzen Nacht von Sonntag auf
Montag wurden zahlreich Straßenpassanten, die
zum Teil früh morgens nach auswärts gereist
waren und von dem Verbot des Nachtverkehrs
keine Kenntnis haben konnten und ahnungslos
ihre Behausungen aufsuchten, ohne Anruf von
den Franzosen beschoffen. Mehrere von
ihnen mußten wegen gefährlichen Schußverlet-
zungen in die hiesigen Krankenhäuser gebracht
werden. Im Marienhospital befindet sich ein
junger Mann, der einen Bajonettstich in
den Kopf erhielt. Am Montag vormittag
riefen die Franzosen das Lehrerkollegium
des Gymnasiums zusammen. Sie machten dem
Kollegium den Vorwurf, daß die Schüler von
den Lehrern zum Abreißen der französischen
Plakate aufgefordert worden seien; überhaupt
sollten die deutschen Gymnasien die
Pflanzstätten des Völkerverhaßes. Der
Gymnasiallehrer Solabas wurde mit der
Reitpeitsche mißhandelt. Der Leiter
der Anstalt, Oberstudienrat Freubener, Bei-
geordneter der Stadt Buer, wurden ver-
haftet und abgeführt. Zahlreiche weitere Ver-
haftungen, die im Laufe des Sonntags und
Montags vorgenommen wurden, steigerten die
Erregung der Bevölkerung aufs Höchste. Wie
die Franzosen gegen die Bevölkerung vorgehen,
zeigt die Tatsache, daß harmlose Straßenpassan-
ten, die die Hände in den Manteltaschen hatten,
ohne weiteres von französischen Patrouillen
festgenommen und mißhandelt wurden.

Der Reichspräsident an die Stadt Buer.

Berlin, 13. März. (Drahtber.) Reichsprä-
sident Ebert hat an den Magistrat der Stadt
Buer folgendes Telegramm gerichtet: „Magis-
trat, Buer, Westfalen. In tiefer Empörung
über die unerhörten und unmenschlichen Wut-
taten des französischen Militärterrors gegen
friedlichen und schuldlosen Bürgern Ihrer
Stadt bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der so
grausam Ermordeten meine herzlichste Teil-
nahme zu übermitteln. Es wird alles geschehen,
um von den betreffenden Familien die mate-
rielle Not fern zu halten. Reichspräsident
Ebert.“

Zwei Alpenjäger als Mörder der Offiziere.

Berlin, 13. März. Wie die Blätter aus Buer
melden, werden die Vernehmungen in der
Mordaffäre von deutscher Seite energisch fort-
gesetzt. Nach übereinstimmenden Aussagen
mehrerer deutschen Zeugen hat sich der Vorgang
folgendermaßen abgepielt: Am Samstag trafen
zwei französische Offiziere in der Hochstraße ge-
genüber einem Restaurant zwei französi-
sche Alpenjäger. Ein in dem Restaurant
befindlicher Rechtsanwalt, seine Ehefrau und
die Wirtin hörten, daß die beiden Offiziere mit
den Alpenjägern eine in französischer Sprache
gehaltene Unterhaltung führten, die aber immer
erregtere Formen annahm. Schließlich fiel
ein zweifelhafte Schüsse. Als die Gäste des Re-
staurants sich daraufhin auf die Straße begaben,
sahen sie die beiden Offiziere tot auf dem Boden
liegen. Gleichzeitig bemerkten sie, daß die beiden
Alpenjäger schleunigst davon liefen.
Jemand eine andere Person befand sich, wie die
Zeugen feststellten, nicht in der Nähe des Tat-
ortes. Die Ermordung hat also nur durch diese
beiden Alpenjäger stattfinden können.

Ordnung ohne Polizei?

Buer, 13. März. (Drahtber.) Aufschluß
über die Ordnung der beiden französischen Offiziere
hat der Distrikommandant von Buer die Stadt-
verwaltung aufgefordert sofort eine neue Po-
lizei zu schaffen. Die Bildung stößt auf außer-
ordentliche Schwierigkeiten, da ein geeignetes
Personal nicht vorhanden ist und die noch vorhan-
dene Kriminalpolizei wegen der Ermordung
eines deutschen Kriminalwachtmeisters durch die
Franzosen nicht gewillt ist, sich der Lebensgefahr
auszusetzen.

Eine deutsche Note an Frankreich.

w. Berlin, 13. März. (Drahtber.) In einer an die französische Regierung gerichteten Note nimmt die deutsche Regierung Stellung gegen die anlässlich der Tötung französischer Militärpersonen über die Ruhr verhängten außerordentlich scharfen Repressalien. Sie stellt fest, dass infolge dieser Maßnahmen bereits mehrere Personen erschossen oder verwundet wurden, darunter Zivilisten, die die französischen Anordnungen noch nicht kannten. Nach den Meldungen der örtlichen deutschen Behörden, so heißt es in der Note, ist jedoch trotz ihrer Bemühungen die Tötung der beiden französischen Militärpersonen bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Es steht auch fest, dass Deutsche an der Tat überhaupt nicht beteiligt sind. Ebenwenig liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass den städtischen oder staatlichen Organen ein Verschulden zur Last falle. Mit der Anordnung von Repressalien gegen die Bevölkerung aber stelle sich dagegen der französische General außerhalb aller Schranken des Rechts und des Geistes. Die Note erinnert an die beispiellose Selbstherrlichkeit der Ruhrbevölkerung, die trotz wachsender Erbitterung über die zahlreichen Untaten französischer Soldaten und fortgesetzte Mißhandlungen auf der Straße, der Vergewaltigung ganzer Städte die Ruhe bewahrt und erklärt, dass die neuen Maßnahmen dazu angetan sind, die durch die Befestigung der Grenzposten und Entfernung der eifigen leitenden Beamten Schutz- und fahrlos gewordenen Bevölkerung zur Verzweiflung zu treiben und unabsehbar Unheil herauf zu beschwören. Die Verantwortung dafür falle nicht auf die deutsche Regierung und auf die deutschen Behörden oder auf die deutsche Bevölkerung, sondern auf Frankreich, falls seine Regierung den Militärbefehlshabern nicht Einhalt gebiete.

Kriegsgerichtsurteile.

Dortmund, 13. März. (Drahtbericht.) Der stellvertretende Landrat des Kreises Dortmund-Stadt Göppert ist wegen der Verweigerung der Auslieferung von Requisitionsbefehlen zu 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Verurteilt waren 4 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Vom französischen Kriegsgericht in Werden wurde, wie aus Essen berichtet wird, der Polizeimeister W. B. in drei Jahren Gefängnis und 6 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. 19 Polizeibeamte, die bisher festgehalten worden waren, sind ausgewiesen worden.

w. Bochum, 13. März. (Drahtbericht.) Wie aus Essen gemeldet wird, verurteilte das Kriegsgericht der 11. französischen Division den Beigeordneten der Stadt Castrop Rauxel Schmitz zu zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe beantragt. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, dass er französische Requisitionsbefehle nicht befolgt, deutsche Flugblätter nicht unterdrückt, Auskunft über das Verbleiben der Stadt verweigert und es abgesehen habe, die städtische Polizei anzuweisen, die französischen Offiziere zu greifen.

Bestrafung der Düsseldorf Oberpostdirektion. Köln, 13. März. (Drahtbericht.) Dem Regierungspräsidenten und Reichspostdirektor in Düsseldorf ist durch ein Schreiben des Generals Desvignes mitgeteilt worden, dass die gesamten Gebäude der Oberpostdirektion der französischen Generaldirektion des Verkehrs und der Versorgung der Armeen zur Verfügung gestellt werden müssten, da dort Dienststellen eingerichtet werden. Der Regierungspräsident legte gegen die Bestrafung der Oberpostdirektion Protest ein. Insbesondere protestierte er gegen die Vertreibung deutscher Beamten und Familien aus den Wohnungen und gegen die Bestrafung der Briefmarkenkasse als völkerrechtswidrig.

Duisburg, 13. März. Das hiesige Postamt ist beschlagnahmt worden, weil die Postverwaltung die Herausgabe von Telefonleitungen nach Königswinter und Hünnefeld abgelehnt hatte. Die Beamten wurden gezwungen, ihre Arbeitsstelle zu verlassen, der gesamte Betrieb wurde stillgelegt. Der

Postdirektor Rachmann wurde verhaftet und nach Bonn gebracht, wo sich bereits Postdirektor Büchner in Haft befindet.

Ehrung.

Frankfurt, 13. März. Der Präsident des heftigen Landtages und Bürgermeister von Mainz, Adlung, und der Reichstagsabgeordnete Harrer Kurrell (Dem.), die beide von den Franzosen ausgewiesen wurden, sind von der Universität Gießen zu Ehrendoktoren ernannt worden. Die Universität will in diesen beiden Männern alle diejenigen ehren, die in gleicher Weise schon große Opfer gebracht haben und noch bringen werden.

Eingriffe auf der Westerbahn.

Frankfurt a. M., 13. März. Am Sonntag um 1 Uhr erschienen auf der Station Wixes der Westerbahn, die bis jetzt noch nicht besetzt war, etwa 20 bis 25 französische Soldaten und verlangten, dass der zur Abfahrt bereitstehende Güterzug 9440 statt nach Limburg nach Eiersbahn befördert werde. Das Zugpersonal weigerte sich und entfernte sich vom Bahnhof. Das Lokomotivpersonal, dem das nicht mehr möglich war, wurde mit vorgeladenem Revolver gezwungen, den Zug weiterzufahren.

Eine neue Ruhrdebatte im englischen Parlament. London, 13. März. (Drahtber.) Das liberale Parlamentsmitglied John Simon wird heute im Parlament eine Debatte über die Ruhrfrage veranlassen. Auch Kautsky dürfte das Wort ergreifen.

Englands Heeresstärke.

London, 13. März. (Drahtber.) Die englischen Heeresangaben für 1923/24 belaufen sich auf 52 Millionen Pfund Sterling gegenüber 62,3 Millionen im gegenwärtigen Finanzjahr. Die Zahl der Offiziere und Mannschaften, ausschließlich des indischen Heeres, beträgt 178.800. Das bedeutet eine Verminderung von 44.200 Mann.

Amerika will seine Besatzungskosten.

Paris, 14. März. (Drahtbericht.) „Newport Herald“ veröffentlicht aus Washington folgende Mitteilung: In einigen Tagen wird die amerikanische Regierung ihrem Unterhändler bei den gegenwärtigen Pariser Verhandlungen über die Besatzungskosten neue Instruktionen erteilen, um die Zahlung der Besatzungskosten für die amerikanischen Streitkräfte von den deutsch-französischen Streitkräften und Naturalzahlungen mit allem Nachdruck zu verlangen. Diese Instruktionen werden ferner auf den Vorfall der Alliierten, diese Zahlungen von künftigen deutschen Zahlungen abhängig zu machen, mit keinem Worte eingehen. Unter diesen Umständen nimmt man an, dass die Pariser Verhandlungen resultatlos verlaufen müssen.

Gewalttätige Besetzung von Zechen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung in Essen meldet aus Hamborn: Am Samstag morgen gegen 8½ Uhr erschien eine Kompanie Belgier und besetzte sämtliche Werkseingänge der August Thyssen-Hütte. Ein besonders hartes Aufgebot mit zwei Panzerwagen wurde an Fronte 1 aufgestellt. Kurz vor 9 Uhr erschien eine belgisch-französische Ingenieurkommission in Begleitung von mehreren Offizieren bei der Generaldirektion und verlangte Angaben über die Bestände an Waren und Rohstoffen. Generaldirektor Dr. Canaris lehnte es ab, irgendwelche Angaben zu machen und legte Verwahrung gegen das Betreten des Werkes ein. Auch der Vertriebsrat und die Vertreter der Gewerkschaften stellten sich auf denselben Standpunkt. Die Kommission erklärte hierauf, auf Befehl der französischen Regierung zu handeln und eine Besichtigung der Bestände vornehmen zu müssen. In diesem Augenblick ertönten sämtliche Sirenen des Werks. Tausende von Arbeitern und Beamten verließen die Arbeit, indem sie sich zum Direktionsgebäude und daselbst umstellten. Die Kommission drang unter dem Schutz des bewaffneten Militärs in das Werk ein. Währenddessen wurden Tausende von Flugblättern von den Dächern der umliegenden Häuser auf die Menge herabgeworfen. Als Herr Fritz Thyssen, von Düsseldorf kommend, auf der

Straße erschien, wollte das Hurrarufen kein Ende nehmen. Gegen 12½ Uhr mittags rückten die Kommission und das Militär wieder ab. Die Belegschaft nahm nunmehr die Arbeit wieder auf.

Duer, 13. März. Bei der Besetzung der staatlichen Zechen Westerbahn, die am Sonntag erfolgte, wurde das Zechenort von den Franzosen gewaltsam erbrochen. Auf dem Zechenplatz anwesende Bergleute wurden vertrieben. Ein Maschinist erhielt eine Verletzung durch einen Gewehrschuss. Auf diese Vorgänge hin beschloßen die gesamten Belegschaften der drei staatlichen Zechen Westerbahn, Bergmanns Glück und Schilven, in den Streik zu treten. Im Laufe des Dienstags nachmittag sind zahlreiche französische und belgische Lantolchwader aus der Richtung Recklinghausen in Duer eingedrückt.

Zur Besetzung der staatlichen Zechen „Westerholt“ wird gemeldet, daß später die Verladung in mehrere Waggons vor sich ginge.

Der Führer der „friedlichen“ Ingenieurkommission ist erkrankt.

Paris, 13. März. Aus einem Bericht des „Echo de Paris“ aus Brüssel über die gestrigen Beratungen kann geschlossen werden, daß der vielgenannte Ingenieur Coste seinen Posten verlassen wird. Er ist angeblich kränklich und soll ersetzt werden durch den Bergbauingenieur Frank, der der französischen Regierung von der Saarregierung für das Ruhrgebiet „geliehen“ wurde. Frank ist deshalb auf der gestrigen Konferenz in Brüssel als „großer Sachverständiger“ aufgetreten.

Ein Mahnruf der Ruhrdeutschen.

Eine Reihe von Körperschaften, Vereinen und Verbänden des Ruhrbezirks, darunter der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die großen Arbeitgeberverbände und die wirtschaftlichen Organisationen des Ruhrgebietes, die Handwerks- und Handelskammern, die Verbände des Rohstoffhandels sowie des Groß- und Kleinhandels, die Landwirtschaftskammern, die Landesverbände, die Adressatenverbände und wissenschaftlichen Vereinigungen erlassen folgenden Aufruf:

Deutsches Volk! Seit Wochen steht die Ruhrbevölkerung in schwerem Abwehrkampf gegen den gewaltsamen Einbruch in friedliches deutsches Land. Die gemeinliche Not hat in allen Schichten des vergewaltigten Gebietes den großen heiligen Willen zu einem unerlöschlichen Widerstand gegen die unserm Vaterland zugehenden Todesstöße angefaßt. In eiserner Selbsthaft stehen wir Männer und Frauen an der Ruhr treu zusammen. Alle Morde und alle Gewalt an deutschem Gut und Blut haben nur vermocht, unsern Widerstand zu verhärteten. Die Stimmung im feindlichen Lager ist deshalb nicht hoffnungsvoll. Weil brutale Maßnahmen bisher verlagert haben, schlägt die französische Regierung noch einen andern Weg ein, um die bisher unerlöschte Ruhrfront zu durchbrechen: Zu den rohesten Gewalttaten sind raffinierte Vorkämpfer, die politisch gefährlichsten Mittel, getreten. Durch eine ungeheure Lügenpropaganda, durch eine wachsende Flut von verlogenen Flugblättern, sucht man die deutsche Kraft an der Front und in der Heimat zu verwirren, zu lähmen und zu unterminieren. Zu den Worten an harmlosen Arbeitern, unschuldigen Kindern und pflichttreuen Beamten tritt noch der Mord an den Seelen. Der schlaue Gegner sucht die Wurzel des deutschen Widerstandes, den Glauben unseres Volkes an sich selbst, an sein Recht und seinen Erfolg, durch das Gift der Zweifelt, des Kleinmutes und der Ermüderung zu zerstören. Viel laßt man über die feindliche Propaganda. Tausendfache Erfahrungen geben uns das Recht, die deutsche Heimat zu warnen:

Laßt Euch durch feindliche Lügen und Ermüden nicht erweichen und zermürben. Glaubt nicht den Einflüsterungen von einem Nachlassen unserer Widerstandskraft. Macht die Rechnung der Franzosen auf unsere Erfolge — die deutsche Uneinigkeit — zu schanden. Fest entschlossen, auszuharren, kann die Front nur dann halten, wenn die Heimat unverzagt und einmütig hinter ihr steht. Das Hinterland muß in den schweren, noch vor uns liegenden Wochen und Monaten die nie versagende Quelle sein, aus der den Wehrkämpfern im Industriegebiet immer neue und neue Kräfte zufließen.

Aber es ist kein Kampf der Kanonen und Gewehre, der hier durchgeföhrt wird, sondern in erster Linie ein Kampf der Nerven und des Geistes, ein Kampf der Seele und des Gemüts. Aus den Tiefen trenn und einmütig hinter uns stehender Volksgemeinschaft muß uns der fließende Strom von Glaube und Antriebe, von Trost und Hoffnung, ununterbrochen austreiben, wenn wir unser rechtes Endziel erreichen wollen. Deutsche Heimat! Wir fordern hier den entscheidenden Kampf zwischen dem entworfenen Deutschland und dem in Waffen harrenden Frankreich aus. — Vergeßt nicht die bestialischen Worte unseres Lohndiebels Clemenceau, daß 20 Millionen Deutsche zu viel leben. In diesen Ringen um Sein oder Nichtsein, um Freiheit oder Sklaverei laßt unseren Ruf nach Einigkeit und Unterföhung mit allen Kräften einen mächtigen Widerhall in Eurem Herzen finden.

Bildet hinter uns eine geschlossene Front, die wir uns fühen können. Laßt uns die Treue, unser Schicksal ist auch Euer Schicksal, unser Tod auch Euer Tod, aber unser Sieg ist auch Euer Sieg.

Die Lage in der Pfalz.

Ludwigshafen, 13. März. Zu der erneut über Ludwigshafen verhängten Besatzungsarmee wird berichtet, daß gestern abend zahlreiche Leute nicht mehr nach Ludwigshafen kommen konnten, da sie von der neuen Besatzungsarmee zu spät nachrichtig wurden. Als Gründe für die Neuverhängung der Sperre wird von den Franzosen noch weiter angegeben, daß gegen einen fahrenden Zug ein Stein geworfen und dadurch ein Fenster zertrümmert wurde, hinter dem ein französischer Soldat lag. Ferner soll gegen einen Bahndiensteten ein Eisenstück geschleudert worden sein.

Als beim Einlaufen eines Arbeiterzuges im Bahnhof Ludwigshafen ein Arbeiter, der eingeschlagen war, von den Franzosen durch Schüsse aufgewundet wurde, gab die misshandelte Arbeiter ihrer Entrüstung Ausdruck, worauf die Franzosen 30 Arbeiter verhafteten und nach dem Wadlthal drachten, wo sie gezwungen wurden, mit dem Gesicht nach der Wand gebunden Stellung zu nehmen und in dieser Stellung sechs Stunden zu verharren. Der unabhängige Betriebsrat erreichte schließlich die Freilassung der Arbeiter. Infolge des Vorfalls herrscht unter der Arbeiterbevölkerung starke Erregung.

Der Geschäftverkehr in der Pfalz liegt seit Stilllegung des Eisenbahnbetriebs vollständig darnieder. Der Personenverkehr wird einigermaßen durch Postautos aufrechterhalten. Die Pfälzer Bevölkerung erfährt fast nichts von den Vorgängen in der Welt, da die meisten Pfälzer Zeitungen verboten sind. Die Geschäftsreisenden sind ganz auf den privaten Autovekehr angewiesen, da mit den von den Franzosen geleiteten Bügen kein Deutscher fährt. Der Kraftwagenverkehr ist infolgedessen sehr stark, aber auch die Fahrten damit sehr teuer. Die Industrieleiden besonders schwer unter dieser Besatzungshandlung. In Pirmasens, der großen Schuhzentrale, sind die Hotels nahezu völlig leer; sie müssen aber offen bleiben, da französische Offiziere darin einquartiert sind.

Der Mord in Pirmasens.

t. Pirmasens, 13. März. Zu der Erörterung und Verurteilung des 23jährigen Kaufmanns Eugen Rung erfahren wir noch folgendes: Der junge Mann war ungefähr um Mitternacht am

Theater und Musik

Badisches Landesheater.

„Die Janberstie“, Musikalisch und regiemäßig neu aufgeführt, ging dieses Mozartwerk am Sonntag vor einem nicht sonderlich gut besetzten Hause über die Bühne. Oberregisseur Joseph Farnau hatte für ein eindrucksvolles, sorgsam abgewogenes Zusammenwirken gesorgt, das ganz aus dem Wesen dieser köstlichen Musik erwuchs. Die farbenprächtigen, stilvollen Dekorationen Emil Burkards hatten in der letzten Szene des ersten Aktes und dem nun in unheimlicher Größe und Dürerkeit gehaltenen Bild der Prüfungsszene noch wertvolle Verbesserungen erfahren. Bei Alfred Lorenz war das Musikalische in guten Händen, überlegen, feinsinnig leitete er die Oper. Ihre reize Sangesweise bewährte Hilde v. Alvensleben-Geberbach als Pamela, die sie mit feinsten Nuancen ausstattete. Welch große genialen Fortschritte Wilhelm Rentwig gemacht hat, zeigte auch sein Tamino. Die schöne, kraftvolle Stimme des strebenden Künstlers entwickelte sich zu immer größerer Fülle und Ausdruckskraft. Erhaben in Haltung und Gestalt, ausgezeichnet in der Aufführungsweise seines Gesanges war der Sarastro von Dr. Hermann Wucherpfennig. Eindrucksvoll sang und spielte Max Büttner (Priester) seine Szene. Als Königin der Nacht blendete Marie von Ernst wieder durch die perlenden Koloraturen. In fröhlicher, lebenswärtiger Laune, auch stimmlich in bester Verfassung, gab Rudolph Wenzel den Papageno, dessen Weibchen von Hanna Rodeg in frischer Anmut verkörpert wurde. Sehr gut war auch der Mose von Albert Peters, er spielte ihn außerordentlich beweglich, in seiner Charakteristik, und brachte auch gesanglich die Partie zu guter Wirkung. Nicht ganz auf der Höhe war der Gesang der drei Damen (Edwig Fraucema-Brägelmann, Marie Mofel-Tomshak und Paula Weber), da die Sopranistin insbepontiert war. Die drei Ana-

ben Mofel Landwehr, Hermine Burt und Edith Gasts) befriedigten, ebenso Eugen Kalmbach, Wilhelm Nagel und Franz Meyer als Priester bzw. Gebarnische. S. W.

Anerkennung des Badischen Landes-Theaters. Der dänische Komponist Carl Nielsen, Direktor des Königl. Konservatoriums in Kopenhagen, hat anlässlich seines erholenden Kompositionsaufenthaltes in der Villa an Oberregisseur Carl Farnau folgende Schreiben geschickt: „Es war für mich eine große und wahre Freude, mit dem Karlsruher Landes-Theater-Direktor zu tun zu haben. Ich bewundere den hohen Kunststand, die bewährte, bewusste Präzision, die rühmliche Verne und Gastlichkeit, deren ich mich als Leiter wie als Zuhörer erfreuen konnte. Ich halte diese außerordentliche künstlerische Distanz, diese ausgezeichnete Darstellerleistung für den vollendetsten Ausdruck der hochstehenden deutschen Kunst und Kultur.“

Uraufführung in Baden-Baden. Unser ständiger Mitarbeiter in Baden-Baden schreibt uns: Auf der Kurparksbühne wurde die heitere Liebesgeschichte „Ich bin Du“ von S. H. Perlett, Musik von Herrn. Beutten aus der Taufe gehoben. Das lustige Stück ist sehr geschickt nach dem alten Lustspiel „Ramm und Wöwe“ von A. Schreiber gearbeitet und geschmackvoll auf unsere Zeit gebracht. Zerletzt hat es verstanden, die Handlung gleichmäßig auf drei Akte zu verteilen, so daß das Werk gegen Schluß nicht absfällt, sondern den Zuhörer bis zum letzten Augenblick festhält und unterhält. Die Wirkung beruht nicht allein auf Situationskomik, an der es gewiß nicht fehlt, sondern in den Gegensätzen, auf denen die Handlung aufgebaut ist, liegen echte Lustspielmomente. Die Musik Herrn. Beutten ist überaus melodisch, ganz und gar nicht nachempfinden, sondern von frischer persönlicher Färbung. Die Duette und Terzette haben Temperament, unter den Tänzen nimmt der Walzer erfreulicherweise eine bevorzugte Stellung ein. Auch in der Musik steckt ein gutes Maß gesunden Humors. Bei einer vorzüglichen Wiebergabe unter der Leitung des Intendanten Dr. Waag hatte das Werk einen durchschlagenden

Erfolg. Hoffentlich entschließt sich auch Karlsruhe einmal zur Uraufführung einer Operette von H. Beutten.

Uraufführung im Wiesbadener Staatstheater. Das Wiesbadener Staatstheater hat in dieser Spielzeit im Schauspiel noch keine, in der Oper nur eine Uraufführung herausgebracht und steht daher hinter kleineren Bühnen, die mit fünf bis zehn noch nirgends aufgeführten Werken hervortraten, weit zurück. Es soll hier unerwähnt bleiben, wo die Schuld für das Vergehen des Wiesbadener Theaters in dieser Hinsicht zu suchen ist; es steht aber zu hoffen, daß, nachdem der Intendant, wie man hört, seine Verpflichtungen für einen bekannten Berliner Filmregisseur gelöst hat, die Wiesbadener Bühne, die, soweit die künstlerische Höhe des Ensemble in Betracht kommt, kaum einen Vergleich zu scheuen braucht, sich auch ihrer Pflichten als Weibahnerin für junge Talente wieder mehr bewußt wird. Um die Spielzeit nun nicht reiflos ohne Uraufführung zu beschließen, wurde Bernhard Schuckers „Der Dieb des Glücks“ zur Darstellung gebracht. Das Werk nennt sich „heitere Oper“, hat aber nichts gemein mit dem Typ der komischen Oper, der etwa in Hoffmanns „Barbier von Sevilla“, der neulich im kleinen Hause des hiesigen Staatstheaters seine freudig begrüßte Auserhebung feierte, so vorbildlich verkörpert ist. Schuckers zeigt Anfänge zu melodischer Gestaltung, hält aber im Wesentlichen eine ausgesprochen moderne Linie ein, die etwa die Mitte hält zwischen Richard Strauß und Bernhard Selles. Aparte Instrumentation läßt zumellen aufhorchen, auch wird dem Ohr in Bezug auf Dissonanzen und Tonfälle nicht Uneträgliches zugemutet. Der von Komponist kommende Text behandelt ein reichlich märchenhaftes Geschehen, das darin gefehlt, daß ein verschollener junger Ritter zur Zeit, da sich seine wenig sympathischen Verwandten um sein Erbteil streiten, heimkehrt und die ihm treu gebliebene Jungespielerin heiratet. Sowohl die Gestalten der Verwandten, wie die der über die Erbchaft beratenden Räte und Schöffen sind von der komischen Seite gesehen, ohne daß die in diesem

Umstand liegende Möglichkeit, wirklich eine heitere Oper zu schaffen, recht genügt erscheint. In den Hauptrollen des Werkes, das wenig Gelegenheit zu eigentlicher Stimmensetzung bietet, wirkten Lily Daas, unsere treffliche Altistin Sigrid Johanson, Martha Bommer, Ludwig Hoffmann, Franz Siebler und vor allem die stimmlich und darstellerisch gleich anmutige Theaterkünstlerin Hilke auf das glücklichste. Arrir Rother lag am Dirigentenposten und leitete die schwierigen Schöpfung seine feine Künstlerpersönlichkeit das farblich ungemüht reizvolle Bühnenbild hatte Gotthard Schenk und Trapp entworfen, den wir wohl an das Deutsche Theater in Berlin verlieren werden. Neben den Hauptdarstellern konnte sich auch der Dichterkomponist am Schluß des Stückes zeigen. Hans Gassen.

Kunst und Wissenschaft

Vorgeschichtsfunde auf der Akropolis. Das italienische Archäologische Institut von Athen hat jetzt am Südbahnhof der Burg eine Anzahl von Hausmännern vorgeschichtlicher Zeit angekauft, ein Beweis dafür, daß der später der Athena geweihte Burgfelsen schon in der Urzeit die Ansiedler gelockt hat. Es beunruhigt, wie in der von Dr. Alfred Kuhn geleiteten „Archäologion“ berichtet wird, eine natürliche Höhlung des Felsens, deren Vertiefungen zur Herstellung eines Fußbodens mit Erde und Stein aufgefüllt waren. An der Südfseite, wo der Felsen keine Stütze genährte, war eine Mauer aus Lehm ausgeführt. Der Hausgrundriß ist ungefähr rechteckig gewesen, der Herd war kunstvoll aus Steinen zusammengebaut und neben ihm lagen Tierknochen. In einer unteren Schicht sind schon von früheren Ansiedlungen Stamm, sind gleichfalls Knochen von Schafen und Rindern, ferner eine Steinaxt und Scherben mit geometrischen Bildschmuckern anzugehen. Der Fund füllt eine Lücke für die Zeit der vorgeschichtlichen Zeit eine gleichförmige Kultur über Griechenland von Thessalien bis zum Peloponnes sich ausgedehnt hat.

der Turnhalle, in der die neu angekommenen marokkanischen Truppen untergebracht sind, vorbeigegangen. Die beiden auf Posten stehenden Marokkaner überfielen den jungen Mann und stachen ihn nieder, raubten ihm seine Barettschachtel und seine Wertgegenstände, darunter auch eine Uhr. Die beiden Marokkaner hatten an dem Morbenden geschickt und schon in einer Wirtschaft mit der Wirtin über den für Getränke geforderten Preis Streit angefangen. Auch waren sie in ein Privathaus eingedrungen mit der Aufgabe, sie mühten eine Hausführung abhalten, jedoch in der Absicht, sich Wertgegenstände anzueignen. Nach der Ermordung des Mannes wurde auch diese Hausführung bekannt. Sämtliche Marokkaner wurden vor der Turnhalle aufgestellt, die Wohnungsinhaberinnen aufgefordert, die beiden Marokkaner zu bezeichnen. Sie tat dies, die beiden aber leugneten. Durch einen Polizeieinsatz und dadurch, daß man die Uhr des Ermordeten bei ihnen fand, wurden sie überführt. Die Verurteilung des jungen Mannes fand unter sehr starker Beteiligung statt. Ein von der französischen Bezirksdelegation überliefertes Franzos war von der Familie des Getöteten nicht angenommen worden.

Aus dem badischen Einbruchsbereich.

Mannheim, 13. März. (Drahtbericht.) Die Franzosen haben heute vormittag das Thurnsche Kohlenbeden im Rheinauer Park, einen großen Kohlenmischlagerplatz, besetzt und die Kanäle als Quartier für die Truppen requiriert. Die französische Truppenabteilung, die den Güterbahnhof in Rheinau besetzt hält, überwacht jetzt jedes Fahrzeug, das den Bahnübergang bei Rheinau passiert. Als mehrere Frachtwagen am Lagerhaus des am Hafen gelegenen badischen Bauernvereins Futtermittel aufgeladen hatten, erschien ein französischer Dolmetscher und erklärte, daß die Ausfuhr nur gestattet sei, wenn man sich im Besitz von Zollpapieren befände. Da das nicht der Fall war, mußten die Wagen wieder entladen werden und die Fuhrwerke leer zurückfahren. Nach weiterem Verhandeln wurde gestattet, daß Waren in kleineren Mengen an die Mannheimer Bevölkerung abgegeben werden dürfen. Sonntag vormittag sollen die Franzosen von ihrer Woche aus an der Teufelsbrücke photographische Aufnahmen gemacht haben, nachdem zuvor französische Soldaten in deutsche Zollkassen und Uniformen gekleidet hatten. Wie der Generalanführer hierzu schreibt, ist der Zweck dieser Aufnahmen klar: sie sollen der französischen Bevölkerung ein gutes Einvernehmen zwischen den deutschen Beamten und den französischen Einwohnern vorantreiben.

Nach Mannheim ausgewiesen. Mannheim, 13. März. Nach Verbüßung einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe im Zellengefängnis in Zweibrücken wurde der Schupohauptmann Karl Bern aus Oberhausen und der Zollassistent A. D. Eugen Gschlaff aus Genshofen von einem französischen Gendarmen begleitet über die Rheinbrücke nach Mannheim geführt und hier freigelassen. An der Brücke wurde ihnen erklärt, daß sie ausgewiesen seien und bei einem Wiederbetreten des besetzten Gebietes mit mindestens 2 Jahren Gefängnis bestraft würden. Schupohauptmann Bern war bestraft worden, weil er die französischen Offiziere nicht grüßte und Assistent Gschlaff, weil er angeblich die Besatzungstruppen beleidigt habe.

Offenburg. Paris, 13. März. Nach einer Havasmeldung aus Rehl ist gegen die 15 Gendarmen aus Offenburg und Appenweier, die es abgelehnt hatten, bei dem Kommandanten zu erscheinen und von denen die meisten daraufhin ihren Posten verlassen hätten, von Seiten der internationalen Rheinlandkommission ein Haftbefehl ergangen.

Die Wohnabgabe.

Die Erhebung einer Wohnabgabe für 1923 und 1924 vom Reichstag beschlossen, die Höhe nicht festgesetzt.

Berlin, 13. März. Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Am Regierungstisch Arbeitsminister Dr. Brauns und Justizminister Dr. Heinze. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Vorlage zur Abänderung des Reichsverfassungsgesetzes, des Altrentengesetzes, des Kriegspensionsabgabengesetzes und Offizierspensionsgesetzes. Die betreffenden Gesetze werden durch die neue Vorlage der Geldentwertung angepaßt. Nach kurzer Aussprache wurde die Vorlage dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Darauf wird die 2. Lesung des Gesetzesentwurfes zur Erhebung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus fortgesetzt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, daß die Regierung alles tun werde, um die Verbilligung der Baukosten und des Bauhandels herbeizuführen. Den Gedanken, die erwachsenen Jugendlichen zur Bauabgabe heranzuziehen, wird die Regierung durchzuführen versuchen. Die Abgabe wird bei den schon vorhandenen Wohnungen berücksichtigt werden. In der großen Wohnungsbauten findet sich kein privates Kapital. Reichsbauminister Girtler erklärte, die Abgabe von 8000 Prozent sei unzureichend. Es sei fraglich, ob die für 1923 vorgesehene 20000 Wohnungen gebaut werden können. Damit endigt die allgemeine Aussprache. Angenommen wird der Antrag Leopold (D.N.), wonach die Abgabeneinkünfte und die Belastung landwirtschaftlicher Gebäude in erster Linie zu Bauten für landwirtschaftliche Zwecke heranzuziehen. Nach § 5 betr. die Abgabe vom 1. Januar 1923 ab 1500 Prozent des Nutzungswertes, wozu noch 1500 Prozent für die Gemeinden kommen, so daß also insgesamt 3000 Prozent erhöht werden. Soweit diese Sätze die

bisherigen überschritten, gelten sie nur für die Kalenderjahre 1923 und 1924. Die Deutschnationalen beantragen, nicht 1500 Prozent, sondern nur 750 Prozent zu erhöhen nach der ursprünglichen Regierungsvorlage. Die Sozialdemokraten sollen die Regierung ermächtigen, die Abgabe mit Zustimmung des Reichsrates zu erhöhen. Bayerischer Ministerdirektor von Imhoff erklärte, daß die Erhöhung der Abgabe auf 3000 Prozent in weiten Kreisen große Beunruhigung hervorrufen würde und bitter namens der bayerischen Staatsregierung, den deutschnationalen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. Eichhorn (Komm.) stellt fest, daß die Sozialdemokraten im Ausschuss sogar 6000 Prozent erhöhen wollten. (Lebhaftes Gert, Härtl). Abg. Fremmel (Str.) beantragt vermittelnd, die Erhöhung der Abgabe in Zukunft der Reichsregierung und dem Reichsrat mit Zustimmung des Wohnungsausschusses des Reichstages zu überlassen.

Abg. Andre (Str.) erklärt, mit diesem Gesetz werde der Wohnungsbau auf ein totes Gleis geschoben. Der deutschnationale Antrag, der die Wohnabgabe auf 750 Prozent herabsetzen will, wird gegen die Antragsteller, wie einen Teil des Zentrums, die Bayerische Volkspartei und Kommunisten abgelehnt.

Für die Ausschlußfassung, die Abgabe auf 1500 Prozent zu erhöhen, wozu noch weitere 1500 Prozent für die Gemeinden kommen, stimmten die Sozialdemokraten und die Minorität des Zentrums unter Führung von Marx und Fehrenbach. Es muß Ausschlußung erfolgen. Die Ausschlußfassung wird mit 157 gegen 138 Stimmen abgelehnt. (Große Bewegung).

Präsident Lohse stellt fest, daß im Gesetz bezüglich der Abgabe eine Lücke entstanden ist, da keinerlei Festsetzung erfolgte. Ein Antrag des Abg. Trommel (Str.) bei einer etwaigen Ermächtigungsbefugnis für die Regierung auch den Wohnungsausschuss des Reichstages mitzubeden, wird angenommen. Die Ermächtigung für die Regierung, eine Erhöhung selbstständig vorzunehmen, wird aber abgelehnt. (Beifall und Unruhe).

Darauf wird die Ausschlußfassung angenommen, wonach die Wohnabgabe, deren Höhe aber nicht festgesetzt ist, für das Jahr 1923 und 1924 gelten soll. (Beifall und Unruhe). Von der Wohnabgabe wurden befreit: Rentempfänger, Kriegsbefähigte, Kleinrentner usw. Abg. Mumm (D.N.) erklärt, auch unter gewissen Bedingungen seien auch Geistliche, Kirchenbeamte und Angestellte, religiös-wirtschaftliche, mildtätige und gemeinnützige Organisationen zu befreien. Der Antrag Mumm wird gegen die Linke angenommen.

Der Entwurf über die Kontrolle der Baukosten wird angenommen. Ebenso die Änderung auf Ermäßigung der Tarife für Transporte von Baustoffen. Angenommen wird auch eine Entschleunigung, die um Vorlegung eines Kartellgesetzes ersucht. Damit ist die zweite Lesung der Wohnungsbaugesetze erledigt. Gegen 7 Uhr wird auf Vorschlag des Präsidenten noch die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen

eingefügt. — Abg. Koennen (Komm.) beantragt Verlegung. Abg. Müller-Frank (Soz.) widerspricht. Der Verlegungsantrag wird abgelehnt. Die Beratung wird fortgesetzt. Artikel 2, der die Berücksichtigung der Geldentwertung bei den Wertungsvorschriften behandelt, wird gegen die Linke in der Ausschlußfassung angenommen. Es folgt Artikel 3, der die Berücksichtigung der Geldentwertung bei der Zahlung behandelt. Wird eine Zahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so sind für jeden kommenden Monat ein Zuschlag von 15 % des Rückstandes und falls die Zahlung länger als drei Monate im Rückstande bleibt, 30 % zu zahlen. Die Abg. Darileib (Soz.) und Koennen (Komm.) fordern Verschärfung der Zuschläge für verspätete Steuerzahlungen. Damit schließt die Aussprache über diesen Artikel. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung.

Bewertungsrichtlinien zur Vermögenssteuer u. Zwangsanleihe.

Der Anfang des Jahres 1923 sieht eine Reihe von Neuerungen auf steuerlichem Gebiete. So erfahren wir zunächst von Änderungen des Einkommensteuergesetzes, insbesondere auch wegen des Lohnabzugs, wir lesen vom Inkrafttreten des Kapitalertragsteuergesetzes und von der ersten Veranlagung auf Grund der Körperschaftsteuerverordnung, wir werden in öffentlichen Bekanntmachungen auf die dieses Jahr erstmalig zur Veranlagung gelangende Vermögenssteuer und auf die Zwangsanleihezeichnung aufmerksam gemacht, im Hintergrund harret ein Gesetz betr. die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen nach der Verabschiedung — dann aber kann es losgehen in den Amtsstuben der Finanzämter mit der Entgegennahme und Verarbeitung der alljährlichen Bekanntnisse über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Steuererklärungen. Eigentlich hätte die Abgabe dieser Erklärungen bis Ende Februar schon erfolgt sein sollen; da sich die Beratung des zuletzt genannten Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung noch hinausgezogen hat und der Staatsbürger bei Ausfüllung der so beliebigen Steuererklärung aber doch nach dem neuesten Stand der Steuerwissenschaft (nicht immer bloß nach dem neuesten Doktrinalstand) arbeiten soll, und die maßgebenden Formulare auch noch auf diesen Stand zu ergänzen sind, verbleibt uns noch eine weitere Frist, um über Einzelheiten gerade wegen der Vermögenssteuer und Zwangsanleihe uns zu unterhalten. Dabei ist in erster Linie an die sogenannten Bewertungsrichtlinien zur Vermögenssteuer und Zwangsanleihe gedacht.

Darüber, bei welcher Höhe des Vermögens und zu welchen Steuerjahren Vermögenssteuer zu zahlen und Zwangsanleihe zu zeichnen ist, hat man sich ja schnell unterrichtet. Schwieriger liegt aber unter den heutigen Verhältnissen die Beantwortung der Frage, mit welchen Werten sind meine Vermögensbestandteile in die Steuererklärung einzusetzen? Auf den ersten Augenblick glaubt mancher, die Lösung des Problems im Gesetz nachlesen zu können. Zu diesem Zweck wollen wir ihm zunächst die vier ersten Absätze des hier maßgebenden § 15 des Vermögenssteuergesetzes bekanntgeben. Sie lauten:

Bei der Bewertung des Vermögens gelten die Vorschriften der Reichsabgabenordnung über die Wertermittlung mit nachfolgenden ergänzenden Bestimmungen.

Die Vermögensgegenstände sind jeweils unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu bewerten. Für die Zeit der Erhebung des Zuschlags findet § 152 Abs. 3 der Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß bei Ermittlung des nachhaltigen Ertrags insbesondere auch der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist.

Für die dauernd dem Betriebe gewidmeten Gegenstände hat eine vom § 139 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung abweichende Bewertung festzusetzen, wenn und soweit infolge der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse ein höherer dauernder Wert anzunehmen ist. Die Festsetzung der Wertermittlung von einzelnen Betriebsgegenständen hat unter Berücksichtigung der Einheit des ganzen Unternehmens und der Annahme der Weiterführung des Betriebs zu erfolgen. Als dauernd dem Betriebe gewidmete Gegenstände gelten auch dauernde Beteiligungen an anderen Betriebsunternehmungen.

Sobald man hier von der Theorie des Gesetzesbuchstabens zur Praxis des alltäglichen Lebens und seinen vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten übergeht, erkennt man, vielleicht mit Schaudern, daß — wie Senatspräsident Struß in der Einleitung seiner Handausgabe der Vermögenssteuergesetze von 1922 Seite 9 zutreffend ausführt — mit diesen Gesetzesbestimmungen sich in der Praxis nichts oder alles machen läßt. Es war deshalb höchst notwendig, daß zur Ausführung des Vermögenssteuer- und des sich daran anknüpfenden Zwangsanleihegesetzes gewisse Grundzüge und Richtlinien erlassen wurden. Dies ist unterm 23. Dezember vorigen Jahres geschehen. Schon bei Beratung des Zwangsanleihegesetzes fanden im Senatsausschuss des Reichstages lange Erörterungen über die Bedeutung und Anwendung des § 15 des Vermögenssteuergesetzes statt. Damals schon wurde von Regierungseite darauf hingewiesen, daß Richtlinien, die der Reichsfinanzminister zur Ausführung des besprochenen Gesetzesparagrafen erlasse, nur den Charakter von Anweisungen haben, nach denen die Finanzämter im allgemeinen bei der Veranlagung zu verfahren hätten, die jedoch im Rechtsmittelverfahren nicht bindend seien. Es ist — was hier vorausgeschickt wird — deshalb wegen des rechtlichen Charakters der Wertungslinien darauf zu achten, daß sie keine Gesetzeskraft haben, daß vielmehr die Finanzämter wie auch die Steuerpflichtigen berechtigt sind, in besonderen Fällen von diesen Richtlinien abzuweichen. Allerdings empfiehlt es sich für den Steuerpflichtigen, der niedrigere Werte in seine Steuererklärung einreichen will, die Abweichung dem Finanzamt gegenüber bei der Abgabe der Erklärung zu begründen, um sich nicht der Gefahr einer Verfolgung wegen Steuerhinterziehung auszuweichen.

Von Wichtigkeit ist sodann die allgemeine Erläuterung der „Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse“ darin, daß die durch die Geldentwertung herbeigeführten hohen Preise und Erträge nicht unmittelbar bei der Besteuerung zugrunde zu legenden Wert darstellen können. Damit ist zugestanden, daß Wert nicht einfach gleichbedeutend mit Preis ist und es ist hieraus auch zu schließen, daß der steuerbare Wert wohl, allgemein ausgesprochen, nicht unter dem am am Schlag herrschenden Preis liegen wird. Weiter ist darauf aufmerksam zu machen, daß § 138 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung festsetzt, daß „ungewöhnliche Preisverhältnisse“ bei der Vermögensbewertung nicht zu berücksichtigen seien. Die Wertungsrichtlinien bemerken hierzu, daß „zu diesen ungewöhnlichen Verhältnissen auch die als außerordentlich anzusehende Geldentwertung der heutigen Zeit zu rechnen ist. Darnach brauchen also die heutigen Preisverhältnisse unter seinen Umständen zum Anhalt für die Entwicklung eines gemeinen Wertes angenommen zu werden.

Besüglich der Bewertung im Einzelnen handeln die Richtlinien von Grundvermögen, vom gewerblichen Betriebsvermögen und schließlich von sonstigem Vermögen.

I. Grundvermögen.

Dies wird unterschieden zwischen landwirtschaftlichen Grundstücken, bebauten Wohngrundstücken, welche letztere wiederum in Villen und Mietgrundstücken sich gliedern, gewerblichen Grundstücken und Baugrund.

Bei allen Grundstücken kommt es nicht darauf an, ob sie bereits vom 31. Dezember 1913 (Stichtag des Wehrbeitrags) im Besitz des jetzigen Eigentümers waren, sie werden in jedem Fall nach dem Wert veranlagt, den sie am 31. Dezember 1913 nach der Wehrbeitragsveranlagung gehabt haben.

A. Bei landwirtschaftlichen Grundstücken

ist grundsätzlich der Ertragswert (das 25 fache des Ertrags der Jahre 1920—1922) maßgebend, wobei der Reinertrag in Frage kommt, den das Grundstück nach seiner Bestimmung bei ordnungsgemäßer und gemeinnütziger Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen mit entlohten fremden Arbeitskräften im Durchschnitt nachhaltig abwirft. Bei Ermittlung des nachhaltigen Ertrags ist insbesondere auch der Ertrag der letzten drei

Jahre zu berücksichtigen. Dies ist nach den Bewertungsrichtlinien so zu verstehen, daß der Durchschnitt des Geldertrags der letzten drei Jahre vor der Veranlagung und der beiden letzten Friedensjahre genommen werden soll. Demnach käme in Betracht der Durchschnitt der Jahre 1912/13, 1913/14, 1919/20, 1920/21, 1921/22. (Ausnahmen beim Weinbau und forstwirtschaftlichen Grundstücken).

Zur Vereinfachung der Veranlagung ist sodann im II Teil der Richtlinien vorgesehen, daß als Ertragswert landwirtschaftlicher Grundstücke das 25 fache des Wehrbeitragswerts anzunehmen ist. In dem so ermittelten Ertragswert sind die dem Betriebe dienenden Gebäude und die Betriebsmittel bereits enthalten. Inwiefern aus dem Betrieb herrührende oder andere Vorräte, Lebewesen und totes Inventar, bares Kapital und Bankguthaben zu den Betriebsmitteln zu rechnen sind oder nicht, darüber ist noch folgendes zu beachten:

Am 31. Dezember 1922 vorhandene Vorräte, die zur Veräußerung bestimmt waren, können zur Hälfte als Betriebsmittel angesehen werden, während die andere Hälfte als landwirtschaftliches Betriebsvermögen zu bewerten ist. Als Wert ist dabei der im letzten Viertel 1922 durchschnittlich gezahlte Preis, bei Umlagegetreide der Umlagepreis maßgebend.

Für das lebende und tote Inventar gilt ein angemeßener Bestand als Betriebsmittel, was darüber hinaus vorhanden ist, kann zu einer Erhöhung, ein Weniger zu einer Verminderung des Ertragswertes führen.

Guthaben und Darlehen, die aus dem laufenden Verkauf von Erzeugnissen herrühren, sind zur Hälfte, niemals aber mit mehr als dem zehnfachen Wehrbeitragswert als Betriebsmittel anzusehen. Was darüber hinausgeht, ist zum Betriebsvermögen oder sonstigen Vermögen zu rechnen. Ist der Berechnung der Guthaben und Darlehen ein vor dem 1. Juli 1922 ergangener Abschluß zugrundegelegt, so sind sie mit dem vollen Wert einzusetzen.

Zu berücksichtigen bleiben nun noch die nach dem Wehrbeitragsstichtag (31. Dezember 1913) errichteten Anlagen, die dem Betrieb dienen (z. B. Scheunen, Ställe, Arbeiterhäuser) oder Meliorationen, Drainagen und dergl.; falls durch derartige Anlagen usw. der Ertrag gesteigert worden ist, so wird der durch Vervielfachung des Wehrbeitrags ermittelte Ertragswert um bestimmte Prozente erhöht und zwar des Anschaffungs- oder Herstellungspreises der betr. Anlagenn. Darüber ist zu merken, daß der zehnfache Wehrbeitragswert bei Anlagen in den Jahren 1914—1916 um 200 % „ „ „ 1917—1920 „ 100 % „ „ „ im Jahre 1920 „ 70 % „ „ „ 1921 „ 55 % „ „ „ 1922 „ 30 % des Anschaffungs- oder Herstellungspreises erhöht wird.

B. Wohngrundstücke.

Villen werden mit dem fünffachen des Wehrbeitragswertes bewertet, sind sie erst nach dem 31. Dezember 1913 erbaut, so wird vom Anschaffungs- oder Herstellungspreis auszugehen und je nach dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis

Table with 2 columns: Year (1914-1916, 1917-1919, 1920, 1921, 1922) and Percentage (400%, 200%, 100%, 70%, 55%).

Erweiterungsbauten dazu dagegen für 1914—1916 nur mit 200 % „ 1917—1919 „ 100 % „ 1920 „ 70 % „ 1921 „ 55 % „ 1922 „ 30 % der Baukosten.

Für Mietgrundstücke gilt grundsätzlich das Dreifache des Wehrbeitragswertes oder falls sie feinerzeit noch im Bau waren, der Baupreis einschließlich des Bodenwertes. Später gebaute oder deren Erweiterungsbauten sind für 1914—1916 mit 200 % „ 1917—1919 „ 100 % „ 1920 „ 70 % „ 1921 „ 55 % „ 1922 „ 30 % der Baukosten zu veranlagern.

Gewerblichen Zwecken dienende Grundstücke, die aber nicht zum Betriebsvermögen gehören (das sind solche, die vom Eigentümer zu gewerblichen Zwecken vermietet oder verpachtet sind, z. B. zu Kontorzwecken vermietete Häuser), werden mit dem Dreifachen des Wehrbeitragswertes bewertet. Für Baugrund (Baugstellen, Terrains) ist das Zweifache des vor Abzug von Schulden und Lasten festgestellten Wehrbeitragswertes anzusetzen. (Schluß folgt.)

Deutsches Reich

Keine Tarifserhöhungen bei der Post.

w. Berlin, 13. März. (Drahtber.) Im Haushaltsausschuss des Reichstages erklärte der Reichspostminister, daß weitere Tarifserhöhungen in nächster Zeit bei der Post nicht mehr vorgenommen werden.

Die Märzgehälter.

Berlin, 13. März. Die gefrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium haben ergeben, daß den Beamten am 19. März das laufende Monatsgehalt gezahlt wird. Die quartalsweise auszahlenden Gehälter werden am gleichen Tage ausbezahlt werden. Ebenso werden die Reichs- und Staatsarbeiter am 19. März einen Vorzug von zwei Wochenlöhnen erhalten. Am 10. April sollen im Reichsfinanzministerium neue Besprechungen mit den Gewerkschaftsvertretern stattfinden. Bei den Besprechungen wurde von den Gewerkschaftsvertretern ausgeführt, daß die Beamtengehälter die Vorauszahlungen nur als Notbehelf ansehe.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Offenburg.

In Nr. 2 der Statistischen Mitteilungen für das Land Baden...

Der Einbruch des Feindes hat nicht nur das Wirtschaftsleben der aufblühenden Stadt schwer erschüttert...

Aus einem bescheidenen Landhütchen, das im Jahr 1818 noch nicht 8000 Einwohner zählte...

Offenburg ist Kreisstadt und der Sitz zahlreicher städtischer Behörden...

Offenburg ist Kreisstadt und der Sitz zahlreicher städtischer Behörden...

In der städtischen Bevölkerung oder tritt die landwirtschaftliche Berufstätigkeit vollständig in den Hintergrund...

Die Textilindustrie ist durch zwei Betriebe vertreten. Eine A.-G. der Baumwollspinnerei...

In einer Spezialindustrie Offenburgs hat sich die Glasindustrie entwickelt...

In der Glasindustrie entwickelt, die größtenteils in langwierigen Charakter trägt...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

Der Einbruch des Feindes hat nicht nur das Wirtschaftsleben der aufblühenden Stadt schwer erschüttert...

Aus dem Stadtkreise Freier Rhein, freie Ruhr! Wirst Du das? Dann gib zum Deutschen Volksges! *

ihren Güte ziemlich billig ab. Das höchste Gebot war 117 000 Mk. pro Ar...

Waldbühn, 13. März. (Drahtber.) Hier wurde ein angebliches Patentbüro...

Säckingen, 13. März. (Drahtber.) Die Arbeiterchaft der Gesellschaft für Bandsabration Säckingen...

Dem Andenken von Oberlandesgerichtspräsident Hermann Bedt. *

Mit dem am 2. März ds. J. verchiedenen Präsidenten des Oberlandesgerichts Hermann Bedt...

Schon in früher Jugend zeigte sich seine glänzende Begabung. Wie bei so vielen wahrhaft reich veranlagten Naturen...

Manheim, 13. März. In der Nacht zum Sonntag wurde hier in einem Zuckerrwarengeschäft eingebrochen...

Heidelberg, 13. März. Der bisherige Amtsvorstand von Bruchsal, Geheimrat Dr. Hermann Kiefer...

Mannheim, 13. März. Der hiesige 'Eigenschaftvereine hat von Hiesigen Industriellen eine größere Summe erhalten...

Mannheim, 13. März. Die Kammerregierung für Baden hielt hier die diesjährige Generalversammlung ab...

Weggenbach, 13. März. Die Kammerregierung für Baden hielt hier die diesjährige Generalversammlung ab...

Bom Verkehr. Ab Freitag, den 16. März, verkehren wieder regelmäßig Zug 1445 Konstanz ab 7.08 nachm...

Das Brauereigewerbe hat wie überall auch in Offenburg einen Rückgang zu verzeichnen...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

Die Industrie der Maschinen und Apparate wird durch 4 Betriebe vertreten...

dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister stattfinden. Eine Herabsetzung der Kohlenpreise von 40 auf 20 Proz...

Das amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe wird neu aufgelegt...

Kraftpostfahrten. Zur Ergänzung der Verkehrsverbindungen mit dem badischen Gebiet werden vom 13. März an zwischen...

Mitteilung des Badischen Landes theaters. Um Herrn Bollen den Urlaub zu seinem Verbleibungsposten zu ermöglichen...

Chronik der Vereine. Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Abenerverein und St. Paulus. Ein gescheiter Abend wurde den Mitgliedern beider Vereine durch den...

Tagesanzeiger

Mittwoch, den 14. März 1923.

Bad. Landestheater: 'Andine', abends 7 bis 10 Uhr.

Städt. Konzerthaus: Badische Nachtspiele: 'Der Rhein', abends 8 Uhr.

Essentliche Vorträge: 'Wobin keuert ihr?' Abends 8 Uhr im Vortragsaal...

Pudding-Pulver verschiedene Geschmacksarten feinste Qualität.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)
Frankfurt, den 13. März (abends.)

Es kosten:

Brüssel	1 Fr. 1110.—	(früh. 0.80 M.)
Amsterdam	1 Gld. 8250.—	(„ 1.70 „)
London	1 Pld. St. 93000.—	(„ 20.— „)
Paris	1 Fr. 1260.—	(„ 0.80 „)
Zürich	1 Fr. 3890.—	(„ 0.80 „)
Italien	1 Lire 1000.—	(„ 0.80 „)
Newyork	1 Dollar 20850.—	(„ 4.20 „)

Tendenz: schwächer.

Von den Börsenplätzen.

Frankfurter Börse.

Devisengeschäft gering. — Größere Nachfrage für Aktien.

w. Frankfurt a. M., 13. März.

Am Devisenmarkt herrschte nur geringe Geschäftstätigkeit, das gleiche ist auch auf dem Notenmarkt zu beobachten. Der Dollar wurde bei leichter Schwankungen zwischen 20 800 und 20 750 gehandelt.

Im Effektenverkehr von Büro zu Büro schied die Befestigung weitere Fortschritte zu machen. Das Geschäft ist allerdings nicht sehr belebt. Bemerkenswert ist, daß die Aufnahmefähigkeit der großen Spekulation stärker hervortritt, während andererseits die Auslandskäufe sich weniger bemerkbar machen. Da das Privatpublikum Neigung zeigt, sich auf dem ermäßigten Kursniveau einzudecken, so war verschiedentlich Nachfrage nach Spezialpapieren erkennbar. Kassaindustriektien treten wieder mehr hervor. Für elektrische Werte besteht Interesse, auch chemische Werte wurden genannt. Mansfelder 25 000—24 225, Mannesmann, Oberbedarf fest. Kaufaufträge lagen für Norddeutscher Lloyd und Hapag vor.

Am Markt der unnotierten Werte herrschte eine lebhaftere Geschäftstätigkeit. Man nannte Benz 14 775, Elberfelder Farben 10 250, Stöckicht-Gummi 5000, Api 14 000—13 500, Hansa Lloyd 10 500, Lastauto 5000, Holzmann fest: 11 000.

Berliner Börse.

Tendenz: ruhig.

w. Berlin, 13. März.

Der Verkehr am Devisenmarkt war vormittags ganz still. Die Kurse blieben unverändert. Immerhin ließ sich eine feste Stimmung erkennen. Während der Feststellung der amtlichen Kurse erfolgte eine unbedeutende Besserung auf Nachfrage seitens der Industrie.

Das Effektengeschäft ruhte. Es zeigte sich aber Interesse für Schiffahrtsaktien und ober-schlesische Hüttenwerte.

Industrien / Handel / Verkehr

Banken.

Vereinsbank Karlsruhe. In der am Mittwoch, den 28. März stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung werden u. a. die Statuten-Änderung (Erhöhung der Geschäftsanteile und der Haftsumme) und die Bestimmung des Höchstbetrages über Belastungen und Kredite behandelt.

Rheinische Hypothekbank Mannheim. Das Ergebnis des Jahres 1922 gestattete bekanntlich wiederum die Verteilung der seit nunmehr 22 Jahren üblichen Dividende von 9 Proz. Die Bank war in der Lage, sich im Berichtsjahr in erheblichem Umlauf zu betätigen, namentlich in Baden konnte sie die starken Ansprüche der gemeinnützigen Baugenossenschaften an Hypothekenkredit befriedigen; Darlehen an Gemeinden und an wirtschaftliche Verbände unter Bürgschaft von öffentlich-rechtlichen Korporationen wurden außer für den Wohnungsbau auch für andere werbende Anlagen, namentlich auf dem Gebiet Elektrizitätsversorgung, gewährt. Der Bestand an Hypotheken und Kommunalanleihen erhöhte sich danach um etwa 225 000 000 Mark auf über 900 000 000 Mark. Entsprechend stieg der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen von rund 675 000 000 M. auf nahezu 500 000 000 M. In Durchführung der im Herbst v. J. beschlossenen Kapitalerhöhung wird an die Aktionäre demnächst eine Aufforderung zum Bezuge neuer Aktien ergehen. Ueber eine weitere Kapitalerhöhung soll die ordentliche Generalversammlung beschließen.

Pfälzische Hypothekbank in Ludwigshafen a. Rhein. Die am 4. April einberufene ordentliche Generalversammlung soll auch über den Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Grundkapitals um 21 auf 54 Mill. Mark durch Ausgabe von 18 Mill. Mark Stammaktien und 3 Mill. Mark 6 Prozent Vorzugsaktien Beschluß fassen. Die letzte Kapitalerhöhung um 11 auf 33 Mill. Mark wurde in der außerordentlichen Generalversammlung vom 9. November 1922 beschlossen. Die Durchführung dieses Beschlusses wird erst jetzt vorgenommen. Für 1922 schlägt die Verwaltung wie die der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim eine Dividende von wiederum 9 Prozent vor.

Industrien.

Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel. In der gestrigen ordentlichen Generalversammlung wurden die Regularien einstimmig genehmigt und die sofort zahlbare Dividende für die Stammaktien auf 75 Prozent festgesetzt.

Uhrenfabrik Badenia A.-G., Villingen. Dieses im Oktober 1921 unter Mitwirkung der Deutschen Handelsbank A.-G. in Frankfurt a. M. mit M. 3 Mill. Kapital (erhöht inzwischen auf M. 12 Mill.) errichtete Unternehmen scheint einige Wandlungen

durchgemacht zu haben. Zu Anfang vorigen Jahres wurde die Uhrenfabrik Haller & Benzing in Schwennigen a. N. übernommen. Jetzt teilt die Villingen A.-G. mit, daß am 1. Oktober 1922 der Villingen Betrieb „von den Konzern“ am 1. Oktober 1922 abgetrennt worden sei. Seit diesem Datum arbeite die Uhrenfabrik Badenia wieder wie vor der Gründung auf eigene Rechnung und stehe mit der A.-G. in keinerlei Verbindung mehr. Die Firmenänderung des Villingen Betriebes werde dieser Tage vorgenommen. Die Verwaltung der Uhrenfabrik Badenia A.-G. mit dem gesamten Aktienkapital liege jetzt in den Händen der Firma Haller & Benzing Uhrenfabrik A.-G., Schwennigen. Diese Gesellschaft habe, soweit bekannt, sämtliche Aktien aufgekauft. — Das letztere scheint nicht voll zuzutreffen; durch vorzeitige Lancierung in den freien Verkehr aus der Frankfurter Plätze sind Aktien in andere Hände gelangt.

Daimler-Motorenwerke. Die a. o. G.-V., in der M. 219 Mill. Stammaktien und M. 16 Mill. Vorzugsaktien vertreten waren, beschloß die Erhöhung des Stammkapitals von M. 400 auf 600 Mill. und des Vorzugsaktienkapitals von M. 16 auf 24 Mill. Es werden 80 000 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien, ferner 8000 neue, auf Namen lautende Vorzugsaktien ausgegeben. Die neuen Stamm- und Vorzugsaktien sind mit den alten Stamm- und Vorzugsaktien gleichgestellt und ab 1. Januar 1923 dividendenberechtigt. Die Stamm- und Vorzugsaktien werden unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre zu 100 Prozent ausgegeben. Die weiteren Bedingungen der Kapitalerhöhung werden von Vorstand und Aufsichtsrat bestimmt.

Th. Flöhner Maschinenbau A.-G., Gassen (Niederlausitz). Die der Gruppe der Ostwerke nahe-stehende Gesellschaft war 1922 in fast allen Abteilungen ausreichend beschäftigt. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist nach M. 64.12 Mill. aufgeführten Unkosten, Steuern, Abgaben und Abschreibungen einschl. M. 121 759 (35 188) Vortrag M. 22.88 (3.02) Mill. Reingewinn aus. Die Dividende beträgt 80 (25) Prozent p. r. t.

Rhein-Main-Donau-A.G. Der Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtages genehmigte einen Antrag der Staatsregierung auf Bereitstellung weiterer erheblicher Mittel für die Beteiligung Bayerns an der Rhein-Main-Donau-A.-G.

Dürrkopferwerke A.-G. Bielefeld. Die Verwaltung teilt auf Anfrage in bezug auf ihre Vorzugsaktien mit, daß ein sachlicher Grund für den hohen Kursstand nicht vorliege. Die Vorzugsaktien erhalten eine Dividende von höchstens 8 Prozent und können, worauf besonders hingewiesen wird, jederzeit von der Gesellschaft zum Kurse von 120 Prozent gekündigt werden.

A. Riebeck'sche Montanwerke. Die Gesellschaft erwarb von der Stadtgemeinde Halle 140 Morgen Land in der Halleschen Flur zur Gewinnung von Braunkohlen und Erweiterung ihrer Anlagen bei Grube von der Heydt und Abraumlagerung.

Schiffahrt.

Schleppschiffahrt auf dem Neckar A.-G. in Heilbronn. Die Hauptversammlung genehmigte die Verdoppelung des Kapitals von 3.6 Mill. auf 7.2 Mill. Mark. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Verlust von 1 246 863 M. ab. Einschließlich des Verlustvortrages vom vorigen Jahr beläuft sich das vorzutragende Verlustsaldo auf 2 171 685 M. Die Ausschüttung für das nächste Geschäftsjahr wurden als nicht ungünstig bezeichnet.

Schleppverkehr. Nach einer Mitteilung der Schleppschiffahrtsgesellschaft wird der Schleppverkehr zwischen Heilbronn und Mannheim nicht ganz eingestellt werden. Das Salz der württembergischen Salinen, das jetzt hauptsächlich noch als Fracht in Betracht kommt, werde in Mannheim von ausländischen Schiffen übernommen werden. Am letzten Freitag ist auch wieder ein Schlepper zu Tal gefahren und am Samstag mit leeren Kähen zurückgekehrt.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Newyork: D. Hansa am 15. März. D. Brasilia am 21. März. D. Bayern am 29. März. D. Mount Clay am 5. April. — Newyork-Philadelphia: D. Brasilia am 21. März. — Philadelphia-Baltimore-Norfolk: D. Füst Bülow am 6. April. — Cuba und Mexiko: Pass.-D. Toledo am 27. März. — Westküste Nord-Amerika: M. S. Missouri am 22. März. — Ostasien: Post-M. Münsterland am 7. April. — Westindien: D. Amasia am 7. April. — Südamerika: Pers.-D. Rugia am 27. März. D. Poseidon am 1. April. — Westküste Südamerika: D. Wasengewald am 12. März. — Levante: Pass.-D. Livadia am 20. März. Pass.-D. Durazzo am 20. März. — Windau: D. Coblenz am 15. März.

Messen.

Wiener Internationale Messe. Das Reisebüro des Verkehrsvereins Karlsruhe, Kaiserstr. 153, gibt Auskunft über Fahrpläne, Ermäßigungen und Quartierbestellung für die Besucher der Wiener Internationalen Messe (vom 18. bis 24. März).

Verschiedenes.

In das Handelsregister ist eingetragen: Jakob Finkelstein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Holz- und Kohlenhandlung, Karlsruhe. — Dentaria, Zahnbedarf-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. — Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk A.-G., Karlsruhe. — Motorenbeaufsichtigungsgesellschaft m. b. H., Mannheim, mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe.

Saaten und Ernten.

Die badische Weinmosterte 1922. Das Herbst-ertragnis des Jahres 1922 mit rund 800 000 Hektolitern Most übertraf alle Weinmosterten der letzten 20 Jahre. Am nächsten kommt ihm das Jahr 1905 mit einem Ertrag von 787 300 Hektolitern. In den Jahren 1911 und 1921 wurde noch nicht einmal die Hälfte des Herbstes 1922 erreicht. Die Qualität der Ernten 1911 und 1921 war dagegen weit besser als die des Jahres 1922. An dem reichen Herbst 1922 waren die wichtigsten Weinbaugenden des Landes in gleicher Weise beteiligt. An der Spitze steht das Markgräflerland mit einer Viertel Million Hektoliter. Von der Gesamtternte waren nahezu 700 000 Hektoliter Weißwein etwas über 57 000 Hektoliter Rotwein und etwas über 50 000

Hektoliter Schiller. Auf Grund der gemeldeten Durchschnittspreise war der Gesamtwert der badischen Weinobsternte 1922 rund 5 Milliarden Papiermark. Heute ist dieser Preis längst überholt; er hat nur als erste Preisangabe gleich nach der Kelterung Geltung.

Von den Märkten.

Berliner Metallmarkt. 13. März. Elektrolytkupfer 7927, Originalhüttenrohzie 359 208, Raffinadekupfer 6850, 6950, Originalhüttenweichblei 2850, 2900, Originalhüttenrohzie 3400, 3500, Remelied-Plattenzink 2650, 2750, Originalhüttenaluminium 8958, Drahtbarren 9008, Banka-Zinn 21 600, 22 000, Hüttenzinn 21 300, 21 500, Reinnickel 11 000, 11 500, Antimon-Regulus 26 500, 27 500, Silber-Barren 405 000, 410 000, Platin 63 000.

Hamburger Metallmarkt. 13. März. Silber ca. 900 fein, prompt 410, 405, per März 410, 407, 700, per April 415, 410, per Mai 450, 442, 500; Zinkhütten 3450, 3350, per März 3450, 3400, 3400, per April 3475, 3400, 3425, per Mai 3800, 3650; umgeschmolzen 2850, 2600; Weichblei, ab Lager 2900, 2800, ab Hütte 2900, 2825, raffiniert 2575, 2525; Banka-Zinn 23 500, 21 000; Kupfer, greifbar 7800, 7500, raffiniert 6900, 6650, Wirebars 8100, 8000; Elektrolyt 8100, 8000; Gold 13 500, 14 000; Platin 55 000, 64 000.

Hamburger Almetallmarkt. 13. März. Kupfer 63—65, Rotguss 47—49, Messing, leicht 34.50, 37, Messingspäne 34.50, 37, Messingguss 37.50, 38, Blei 20, 21, Zink 21.25, 22.75.

Im Mannheimer Produktenbörse. Der Verkehr hielt sich wiederum in engen Grenzen, da Käufer wie Verkäufer infolge der noch immer ungeklärten Lage nichts unternehmen. Man verlangte für Weizen 95 000, für Roggen 83—85 000, Inlandshaf 60—80 000 Auslandshaf 95 000 M. die 100 kg, bahrfrei Mannheim. Gerste wird zu 77—82 000 M. die 100 kg, bahrfrei Mannheim, angeboten. Mais ist in Mixedware zu 72 000 M., ab Bremen am Markt. Mehl liegt sehr ruhig. Die Mühlen verlangen 160 000 M., während aus zweiter Hand zu 130—140 000 M. Angebote vorliegen. Zur Versteigerung kamen 150 Sack Weizenmehl, Spezial 0, Fabrikat Kaufmann Söhne und erfolgte der Zuschlag zu 137 000 M. per 100 kg zu den Mühlenbedingungen. Futtermittel hatten ziemlich unveränderten Markt. Bei einer Versteigerung von 200 Zentner Weizen- und Roggenkleie gemischt, Fabrikat Frank Lachenmühle, erfolgte der Zuschlag zu 40 000 M. die 100 kg, Brutto für Netto, inkl. Sack, ab Lustadt (Pfalz).

Im Mannheimer Kolonialwarenborse. Tendenz ruhig. Man notierte für Kaffee, Santos-Superior, 14 200—15 900 M., gewaschen 18 500 M., heutiger Zoll 7722 M., Tee, mittel, 30—33 000 M., gut 33 000 bis 35 000 M., fein 35—38 000 M., heutiger Zoll 13 068 M., Kakao, deutscher, 5500—5800 M., holländischer und amerikanischer 6200—6600 M., heutiger Zoll 9504 M., Reis, Burma, 1500 M., und Auslandszucker 2800 M., alles per Kilo.

r. Mannheimer Viehmarkt vom 12. März. Dem Marke waren zugefahren: 131 Ochsen, 81 Bullen, 414 Kühe und Färren, 311 Kälber, 66 Schafe, 1267 Schweine. Preise für 50 kg Lebendgewicht bezogen sich für Ochsen, Kl. a) 240—260 000 M., Kl. b) 220—240 000 M., Kl. c) 160—180 000 M., Kl. d) 120—150 000 M., Bullen, Kl. a) 200—220 000 M., Kl. b) 180—200 000 M., Kl. c) 150—170 000 M., Kühe, Kl. a) 240—265 000 M., Kl. b) 220 bis 240 000 M., Kl. c) 180—200 000 M. Gering gehäuftes Jungvieh (Färsen) Kl. a) 160—180 000 M., Kl. b) 110—140 000 M., Kälber, Kl. b) 270—280 000 M., Kl. c) 260—270 000 M., Kl. d) 250—260 000 M., Mark, Kl. e) 230—250 000 M., Schafe, Kl. a) 115 bis 125 000 M., Kl. b) 100—110 000 M., Kl. c) 95 000 bis 100 000 M., Lämmer, Kl. a) 90—95 000 M., Kl. b) 80—90 000 M., Schweine, Kl. a) 300—310 000 M., Kl. b) 300—310 000 M., Kl. c) 290—300 000 M., Kl. d) 270—280 000 M., Kl. e) 260—280 000 M., Marktverlauf mit Großvieh mittel-lebhaft, Markt geräumt, mit Kälber und Schafen lebhaft, ausverkauft, mit Schweinen mittelmäßig, Ueberbestand. Die Preise sind Marktpreise für nächsten gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frachten, Markt und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie die natürlichen Gewichtsverluste ein, müssen sich also nicht unerheblich über die Stallpreise stellen.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 12. März. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 230—250 000 M., vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 220—230 000 M., junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 200—220 000 M., mäßig gehäufte junge und gut gehäufte ältere 180—200 000 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes 200—220 000 M., vollfleischige, jüngere 180—200 000 M., mäßig gehäufte junge und gut gehäufte ältere 160—180 000 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes 230—250 000 M., wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 210—230 000 M., mäßig gehäufte Färsen 180 bis 210 000 M., gering gehäufte Kühe 100—140 000 M.

Kälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 180—200 000 M., geringere Mast- und gute Saugkälber 160—180 000 M., geringere Saugkälber 140 bis 160 000 M.

Schweine, vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 280—300 000 M., vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 265—280 000 M., vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 240 bis 265 000 M., vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 220—240 000 M., Sauen 200—220 000 M.

Zufuhr: 285 Stück: Ochsen 20, Bullen 24, Kühe 21, Färsen 44, Kälber 41, Schweine 135 Stück.

Tendenz: langsam. Der Markt wurde nicht geräumt.

Preisabschlag für Handarbeitsgarne. Die Vereinigung Deutscher Fabrikanten von Baumwoll-, Strick- und Handarbeitsgarne E. V. (Strihaga) teilt laut „Konfektionär“ mit, daß die Preise ihrer Liste vom 4. Dezember 1922 mit Wirkung von 12. März an für sämtliche Artikel auf 300 Prozent (vorher 330 bzw. 350 Prozent) ermäßigt worden sind.

Neue Nähgarnepreise. Die Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähfadenfabriken (Nähgarnevertrieb) hat mit Wirkung vom März neue Grundpreise festgesetzt, die in den Hauptpositionen z. B. für 4fach Obergarn 202 M., und für Konfektionsgarn 114 M. vorsehen. Auf die neuen Grundpreise ist bis auf weiteres ein Aufschlag von 1750 Prozent festgesetzt worden.

Der Tabakanbau in Baden hat im Jahr 1922 eine erhebliche Zunahme erfahren, und zwar beträgt die Gesamtfläche der mit Tabak bepflanzen Grundstücke rund 5017 Hektar gegen 4017 Hektar im Jahr 1921. Trotz dieser Zunahme ist der Stand vom Jahr 1913 noch nicht erreicht.

Die Lage am Kaffeemarkt.

Unter dem Einfluß der stabileren Verhältnisse am Devisenmarkt, entwickelte sich etwas lebhafteres Geschäft in vollzogenen Partien, die sich allmählich zu steigenden Preisen räumen. Besonders gefragt sind feinere Qualitäten, die bereits recht knapp werden.

Das Zollaufgeld beträgt vom 14. bis 20. März 525 900 Prozent, was einem Zollaufsatz von 3419 M. für 1 Pfund Rohkaffee und 4273.75 M. für 1 Pfund Röstkaffee entspricht.

Der Weltmarkt hat sich wieder etwas befestigt. Brasilien setzte seine Forderungen um 1—2 Schilling herauf. Letzte Notierungen je nach Qualität und Beschreibung bei einem Kurse von 96 000 M. für 1 1/2 Sterling: Santos (superior bis extra-primus) 3600—4100 M., gew. Zentralamerika 4200—4500 M. per 1/2 Kilo roh, unverzollt, ab Freihafenlager Hamburg. — Zollsatz vom 7. bis 13. März 3861 M. für 1 Pfund Rohkaffee; vom 14. bis 20. März 3419 M. für 1 Pfd. Rohkaffee.

Die Goldankaufpreise

haben sich seit Beginn der Aktion des Reichs wie folgt gestaltet (für ein 20-Markstück):

in der Zeit vom	in der Zeit vom	in der Zeit vom	
1. 6. bis 11. 6. 1921	260	19. 6. bis 25. 6. 1922	1250
12. 6. „ 25. 6. 1921	260	26. 6. „ 2. 7. 1922	1250
26. 6. „ 3. 7. 1921	300	3. 7. „ 23. 7. 1922	1250
4. 7. „ 16. 7. 1921	310	24. 7. „ 30. 7. 1922	1250
17. 7. „ 31. 7. 1921	320	31. 7. „ 6. 8. 1922	1250
1. 8. „ 11. 8. 1921	340	7. 8. „ 20. 8. 1922	1250
12. 8. „ 18. 8. 1921	390	21. 8. „ 27. 8. 1922	1250
19. 8. „ 2. 10. 1921	450	28. 8. „ 8. 10. 1922	1250
3. 10. „ 16. 10. 1921	480	9. 10. „ 22. 10. 1922	1250
17. 10. „ 23. 10. 1921	540	23. 10. „ 29. 10. 1922	1250
24. 10. „ 6. 11. 1921	600	30. 10. „ 5. 11. 1922	1250
7. 11. „ 13. 11. 1921	720	6. 11. „ 1. 12. 1922	1250
14. 11. „ 4. 12. 1921	850	8. 1. „ 14. 1. 1923	2600
5. 12. „ 22. 1. 1922	720	15. 1. „ 21. 1. 1923	2600
23. 1. „ 5. 3. 1922	780	22. 1. „ 4. 2. 1923	7000
6. 3. „ 19. 3. 1922	850	5. 2. „ 11. 2. 1923	15000
20. 3. „ 26. 3. 1922	950	12. 2. „ 14. 2. 1923	14000
27. 3. „ 3. 6. 1922	1200	15. 2. „ 18. 2. 1923	10000
5. 6. „ 18. 6. 1922	1100	ab 19. 2.	8500

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 13. März.

12. März.		13. März.		
Geld	Brief	Geld	Brief	
Brüssel	1087.25	1092.75	1077.30	1082.70
Holland	8241.88	8281.16	8226.90	8268.10
London	9775.55	9375.55	9780.85	9825.15
Paris	1253.85	1261.15	1249.85	1256.15
Schweiz	3870.30	3889.70	3875.30	3894.70
Spanien	316.95	321.95	321.95	321.95
Italien	1006.50	1011.50	999.50	999.50
Lissabon	—	—	—	—
Dänemark	3965.05	3984.95	3965.05	3984.95
Norwegen	3765.55	3784.45	3740.57	3759.47
Schweden	6515.75	6515.75	6753.09	6753.09
Helsingor	581.50	594.50	574.55	577.45
Newyork	20746.50	20850.50	20797.85	20902.15
Wien (alt)	28.73	28.87	28.73	28.87
Dtsch. Oest.	661.45	661.45	668.50	671.87
Prag	618.50	621.50	617.50	620.50
Sofia	—	—	—	—
Agram	219.45	220.55	117.20	117.80

w. Berlin, 13. März.

12. März.		13. März.		
Geld	Brief	Geld	Brief	
Amsterdam	8224.38	8256.62	8224.38	8256.62
Brüssel	1082.28	1087.72	1079.79	1085.21
Christiania	3715.57	3774.43	3753.09	3771.91
Kopenhagen	3957.58	3977.42	3950.07	3979.93
Stockholm	5531.13	5558.87	5533.63	5561.37
Helsingfors	581.54	584.49	581.04	583.88
Italien	997.50	1007.50	997.04	999.99
London	9775.55	9375.55	9775.55	9825.15
Newyork	20762.96	20857.04	20787.50	20892.50
Paris	1261.83	1268.57	1257.34	1263.66
Schweiz	3880.27	3899.73	3875.28	3894.72
Spanien	3221.95	3238.05	3166.93	3233.07
Wien (alt)	28.82	28.99	28.82	28.99
Dtsch. Oest.	617.45	620.55	617.45	620.55
Prag	618.50	621.50	617.50	620.50
Budapest	681.50	685.50	667.50	667.50
Lissabon				